Entwurf einer politischen Resolution des Kreistages (Endfassung - Stand: 06.12.18)

„Resolution zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für eine wohnortnahe medizinische Grund- und Regelversorgung im ländlichen Raum, insbesondere im Bereich der Geburtshilfe“

Mit großen Bedenken und einem unguten Gefühl gegenüber der Bevölkerung im Landkreis Wittmund hat die Kreispolitik die Entscheidung der Klinikleitung mitgetragen, den Kreißsaal im Wittmunder Krankenhaus zum Jahresende zu schließen. Dieser Schritt, zu dem sich alle in der Verantwortung Stehenden veranlasst sehen, hat kreisweit starke Emotionen und viel Kritik an den bestehenden Verhältnissen und der eingetretenen Entwicklung ausgelöst.

Das Wittmunder Krankenhaus ist trotz widriger Rahmenbedingungen auf einem guten Kurs, um den Standort zukunftsfähig aufzustellen und zu sichern. Die eingetretene Entwicklung in der Geburtshilfe aber hat sich dabei seit vielen Jahren zugespitzt. Die einstige Hauptabteilung für Geburten wurde schon ab dem Jahr 2000 durch eine Belegabteilung abgelöst. Die Rahmenbedingungen haben sich in den Folgejahren immer weiter verschlechtert. Hierüber wurde auch von Seiten der Krankenhaus-Geschäftsführung gegenüber der Politik fortlaufend berichtet. Die Sachargumente wurden ausführlich dargelegt. Maßnahmen wie die aktive Suche aller Beteiligten nach weiteren Hebammen waren bisher erfolglos. Auch die Suche nach weiteren niedergelassenen Gynäkologen im näheren Umfeld zur Unterstützung der geburtshilflichen Abteilung hat keinen Erfolg gebracht. Die Schließung ist daher das Ergebnis der fatalen Rahmenbedingungen, die durch die Bundes- und Landespolitik vorgegeben werden und von kleinen Häusern im ländlichen Bereich kaum noch zu erfüllen sind.

Die Kommunalpolitik fordert Landes- und Bundesregierung auf, das Thema „Gesundheit rund um die Geburt“ und „Geburt im ländlichen Raum“ in der Landes- und Bundespolitik künftig stärker zu berücksichtigen und dem Zentralisierungswahn, der Konzentration auf größere Einheiten als politisches Programm, entgegenzuwirken. Sie fordert die Erstellung eines Landes- bzw. Bundesaktionsplans „Gesundheit rund um die Geburt in der Fläche“ mit dem Ziel, auch im ländlichen Raum wohnortnah Entbindungen in einer vertrauensvollen und fachlich gesicherten Umgebung zu ermöglichen.

Die Kommunalpolitik fordert die

- Verantwortung für die medizinische Versorgung werdender Mütter vor Ort
- Sicherstellung der Wahlfreiheit des Geburtsorts
- Flächendeckende Versorgung von Frauen bei Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett (ambulant und stationär)
- Wirtschaftliche Absicherung von Hebammen
- Verbesserung und Stärkung der Hebammenausbildung
- Verbesserung der langfristigen fachärztlichen Versorgung vor Ort, insbesondere unter Berücksichtigung der aktuellen Überalterung
- Sicherstellung der medizinischen Versorgung von der Geburt bis zum Lebensende ambulant und im Krankenhaus im ländlichen Bereich
- Schluss mit den Zentralisierungen von geburtshilflichen Abteilungen: „Schwangere müssen selbst entscheiden können, wo und wie sie ihr Kind zur Welt bringen möchten!
- Verhinderung von Landflucht durch funktionierende Gesundheitseinheiten in der Fläche, auch an Krankenhäusern
- Abkehr von einem „größer und viel ist besser“, denn jede Geburt ist auch etwas ganz Persönliches
- Berücksichtigung des Zehn-Punkte-Papiers des Deutschen Hebammenverbandes e.V. vom September 2018; Titel: „Geburtshilfliche Versorgung in den Kliniken flächendeckend sicherstellen, Hebammenpotenziale nutzen!“ **(Volltext s. Anlage)**